

Erklärung des Zentralkomitees von Komala – Kurdistan-Organisation der Kommunistischen Partei Irans

Gegen die militärische Aggression und die Pläne der Regierungen Syriens, der Türkei und der USA – Unterstützen wir die berechtigte Bewegung von Rojava

Nach dem militärischen Angriff der Kräfte des „Islamischen Staates“ unter der Führung von Ahmad al-Scharaa auf die kurdischen Stadtviertel von Aleppo und der Besetzung dieser Viertel, infolge derer Dutzende Menschen ihr Leben verloren, Hunderte verletzt und Tausende vertrieben wurden, haben in den letzten Tagen die dschihadistischen Kräfte des islamischen Staates Syriens mit Unterstützung des türkischen Staates eine breit angelegte militärische Offensive aus mehreren Richtungen gegen die unter Kontrolle der Selbstverwaltung von Rojava stehenden Gebiete begonnen.

Diese dschihadistischen Kräfte besetzten die Stadt Ain Issa, belagerten Kobani und kappten dort die Wasser- und Stromversorgung. Die Besatzungskräfte nahmen zudem den Tishrin-Staudamm sowie die Städte Raqqa und Tabqa und Teile von Deir ez-Zor ein. Mit dem Angriff auf das Gefängnis von Schaddadi, in dem IS-Gefangene festgehalten wurden, ermöglichten sie die Flucht einer großen Zahl von IS-Häftlingen.

Bei den Angriffen der dschihadistischen Terrorgruppen am Montag enthaupten diese – in IS-Manier – mehrere gefangene Kämpfer der SDF (Hêzêن Sûriya Demokratîk) und veröffentlichten Videoaufnahmen davon, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Gleichzeitig kündigte Ahmad al-Scharaa am Sonntag, den 18. Januar, die Unterzeichnung eines neuen Abkommens mit den Syrischen Demokratischen Kräften an, das angeblich auf die Durchsetzung der Kontrolle der Zentralregierung über Ost- und Nordostsyrien sowie auf einen Waffenstillstand abzielt.

Die Bestimmungen des Abkommens vom 18. Januar 2026, das unter dem Druck der Regierungen der USA und der Türkei Mazlum Abdi aufgezwungen wurde, stellen in Wirklichkeit die Umsetzung desselben Acht-Punkte-Abkommens dar, das bereits am 10. März 2025 zwischen dem Kommandeur der „Syrischen Demokratischen Kräfte“ und Ahmad al-Scharaa, dem Präsidenten Syriens, unterzeichnet worden war.

Auf Grundlage dieses „neuen Abkommens“ sollen alle Mitglieder der Syrischen Demokratischen Kräfte einzeln und nach umfassenden Sicherheitsüberprüfungen in die Struktur des syrischen Verteidigungsministeriums integriert werden. Die Provinzen Deir ez-Zor und Raqqa werden administrativ und militärisch vollständig an den syrischen Staat übergeben, alle zivilen Institutionen der Provinz Hasaka werden in staatliche Einrichtungen eingegliedert, sämtliche Ölfelder werden dem syrischen Staat überlassen, die Verwaltung der Gefängnisse und Lager, in denen Familien von IS-Mitgliedern festgehalten werden, wird an den syrischen Staat übertragen, und die Mitglieder der PKK werden aus dem syrischen Kurdistan ausgewiesen, usw.

Die breit angelegte militärische Aggression des islamischen Staates unter Ahmad al-Scharaa gegen die unter Kontrolle der SDF stehenden Gebiete – mit Komplizenschaft und direkter Steuerung durch den faschistischen türkischen Staat – sowie die begangenen Verbrechen lassen keinen Zweifel daran, wie hohl und unbegründet das Acht-Punkte-Abkommen vom 10. März 2025 war, das zwischen Mazlum Abdi und Ahmad al-Scharaa unterzeichnet wurde und von vielen Führern nationalistischer Parteien in Kurdistan als „historisches Abkommen“ bezeichnet wurde.

Es wurde deutlich, dass die angebliche Garantie der Rechte aller Syrerinnen und Syrer im politischen Prozess sowie ihre Beteiligung an staatlichen Institutionen unabhängig von religiöser oder nationaler Identität auf Grundlage dieses Abkommens eine Lüge war. Ebenso wurde klar, wie irrational es ist, auf die Wahrung der Bürgerrechte der Bevölkerung Kurdistans, anderer nationaler und religiöser Minderheiten und der syrischen Bevölkerung insgesamt im Rahmen einer Verfassung zu hoffen, an deren Ausarbeitung die wirklichen Vertreter des Volkes keinen Anteil hatten. Offensichtlich wurde auch, dass die Integration der fortschrittlichen gesellschaftlichen und

massenhaften Institutionen Kurdistans, die auf der Grundlage eines sozialen Vertrags die Gesellschaft verwalten, in die islamischen Institutionen der Regierung in Damaskus sowie die Übergabe der Kontrolle über Grenzübergänge, Erdölressourcen und Flughäfen in direktem Widerspruch zu den Forderungen der Bevölkerung Kurdistans und ganz Syriens stehen.

Für alle ist inzwischen klar, dass das Haupthindernis für die Rückkehr der Vertriebenen aus Afrin sowie aus anderen Städten und Ortschaften Kurdistans und Syriens die Besatzungspolitik und die Kriegstreiberei des türkischen Staates sind. Als Ahmad al-Scharaa das Acht-Punkte-Abkommen im Namen des arabischen Präsidenten Syriens unterzeichnete, machte er deutlich, dass er die Kurdinnen und Kurden sowie andere nationale Minderheiten nicht als Teil des syrischen Staatsvolkes anerkennt.

Auch wenn er im Abkommen mit Mazlum Abdi die Anstachelung zu nationalem und religiösem Hass verurteilt, dienen all seine Maßnahmen zum Aufbau eines islamischen politischen Systems in Syrien – einschließlich der Massaker an Alawiten und Kurdinnen und Kurden – in Wirklichkeit der Vertiefung nationaler und religiöser Spaltung.

Die umfassende militärische Aggression gegen die kurdischen Stadtviertel von Aleppo, die anschließenden Angriffe auf die Städte Kurdistans und die unter Kontrolle der Syrischen Demokratischen Kräfte stehenden Gebiete sowie das „Abkommen“ vom 18. Januar 2026 sind das Ergebnis von Absprachen und Plänen der Regierungen der Türkei, Syriens und der USA unter Einbeziehung der Zustimmung Israels und anderer reaktionärer Regime der Region.

Der türkische Staat, der von Beginn an die berechtigte Bewegung der Kurdinnen und Kurden in Syrien als Dorn im Auge betrachtete und die Zerstörung dieser Selbstverwaltungserfahrung zu einem zentralen Ziel seiner chauvinistischen und expansionistischen Politik machte, scheute keine Anstrengung und kein Verbrechen, um dieses Projekt zu vernichten. Heute verfolgt er seine Ziele mit Zustimmung der USA durch die dschihadistischen Kräfte Ahmad al-Scharaas.

Der US-Imperialismus, der seine Truppen nicht nur zum Kampf gegen den IS, sondern auch zur Kontrolle der Ölressourcen in dieser Region stationiert hat, nutzte die Kräfte Kurdistans Syriens als Instrument im Kampf gegen den IS. Gleichzeitig war stets offensichtlich, dass seine strategischen Interessen und Kooperationen mit dem türkischen Staat eng miteinander verflochten sind.

Die USA sind auf die Zusammenarbeit mit der Türkei angewiesen, die an der Schnittstelle zwischen Europa, dem Nahen Osten und Zentralasien liegt und als Brücke zwischen Ost und West fungiert. Der Luftwaffenstützpunkt Incirlik im Süden der Türkei spielt eine Schlüsselrolle bei der Stationierung US-amerikanischer Streitkräfte und bei Luftoperationen im Nahen Osten und gilt zudem als strategischer Lagerort für NATO-Atomwaffen.

Die USA rechnen außerdem mit der Türkei bei der Eindämmung des russischen Einflusses im Schwarzmeerraum. Die Türkei ist ein zentraler Transitkorridor für Energie aus dem Nahen Osten und Zentralasien nach Europa, und die USA messen der Sicherung dieser Routen sowie der Reduzierung der europäischen Abhängigkeit von russischer Energie große Bedeutung bei. Zudem verfügt die Türkei über die zweitgrößte Armee der NATO, was ihre Kooperation für die Aufrechterhaltung und Stärkung des westlichen Militärbündnisses unerlässlich macht.

Diese gemeinsamen Interessen zweier NATO-Mitglieder rechtfertigen nicht nur die imperialistischen Abkommen der USA mit den Regierungen der Türkei und Syriens zur Aggression gegen die unter Kontrolle der Syrischen Demokratischen Kräfte stehenden Gebiete und zur Durchsetzung unterwerfender Vereinbarungen, sondern waren stets ein warnendes Zeichen für noch größere Deals auf Kosten der berechtigten Bewegung des kurdischen Volkes.

Angesichts der komplexen Lage und der Gefahren, denen die berechtigte Bewegung des kurdischen Volkes durch die Regierungen Syriens, der Türkei und die imperialistische Politik der USA ausgesetzt ist, kann nur die aktive Präsenz von Arbeiterinnen und Arbeitern, Werktätigen sowie unterdrückten Frauen und Männern Kurdistans Syriens auf der politischen Bühne der Gesellschaft, die Institutionalisierung der bisherigen demokratischen Errungenschaften, die allgemeine

Bewaffnung zu deren Verteidigung und der Aufbau sowie die Festigung von Verbindungen zu freiheitsliebenden und gleichheitsorientierten Menschen in ganz Syrien eine klare Perspektive zur Überwindung dieser Phase eröffnen.

In dieser Situation kann die Betonung der Errungenschaften der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereichen, der Rechte der Frauen innerhalb der Familie, der Gleichstellung nationaler, religiöser und geschlechtlicher Minderheiten vor dem Gesetz, der direkten Beteiligung der Bevölkerung an Verwaltung und Selbstorganisation von Städten und Dörfern sowie der tatsächlichen Wahrung politischer Freiheiten dazu beitragen, die Solidarität freiheits- und gleichheitsliebender Menschen in ganz Syrien mit der berechtigten Bewegung des kurdischen Volkes zu stärken.

Die unterdrückte Bevölkerung Kurdistans Syriens muss ihre wahren Verbündeten unter den freiheits- und gleichheitsliebenden Menschen Syriens, der Region und der ganzen Welt suchen. Gerade in der gegenwärtigen komplexen Situation benötigt sie mehr denn je die Unterstützung dieser Kräfte.

Komala verurteilt die militärische Aggression der Regierungen Syriens und der Türkei im Einvernehmen mit den USA sowie deren Verbrechen gegen die Bevölkerung Kurdistans und unterstützt die berechtigte Bewegung des kurdischen Volkes in Syrien entschlossen gegen alle Bedrohungen.

Die Erfahrung von Rojava hat erneut gezeigt, dass weder die USA noch irgendeine andere imperialistische Macht Garant für Freiheit, Stabilität und Wohlstand der Völker sind. Nur durch bewusste Selbststützung auf die vereinte Kraft der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Werktätigen und der unterdrückten Menschen und mit einer sozialistischen Perspektive kann die Kriegs- und Besatzungsmaschinerie der reaktionär-kapitalistischen Mächte zurückgedrängt und ein Horizont der Befreiung eröffnet werden.

Zentralkomitee von Komala – Kurdistan-Organisation der Kommunistischen Partei Irans

29. Dey 1404

19. Januar 2026

cpiran.org
komala.co